

Wendelin Ettmayer (*)

1 9 7 9 - EIN JAHR DER WEICHENSTELLUNGEN

1979, also vor 45 Jahren, wurde von engagierten jungen Leuten „**International - die Zeitschrift für internationale Politik**“ gegründet.

Grund genug dafür, Überlegungen darüber anzustellen, welche anderen Ereignisse die Weltpolitik in diesem Jahr geprägt haben. Dabei kann man feststellen, dass 1979 entscheidende Weichen für eine neue Globalisierung gestellt wurden, religiöse Bewegungen führten zu neuen Allianzen und der Erdölchock hat eine neue Sichtweise von Energie und Konsum bewirkt.

Im Folgenden sollen **sieben Ereignisse in diesem Jahr** näher beleuchtet werden.

1. China öffnet sich unter Deng Xiaoping

Als Mao Zedong 1949, nach dem Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg die Volksrepublik China ausrief, kündigte er einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit an, „größer und härter als der zur Zeit des Ersten Kaisers“. Dieser regierte von 221-210 vor Christus und hat mit harter Hand China geeinigt: Währung und Gesetze, Maße und Gewichte, Schrift und Denken wurden einheitlich ausgerichtet. In diesem Sinne sollte auch das neue, kommunistische China geschaffen werden. Der Westen, insbesondere die USA, wurden zum Feind erklärt. Nach einer kurzen Periode der „Freundschaft und Zusammenarbeit“ mit der Sowjetunion wurden auch diese Beziehungen abgebrochen. Zwischen dem marxistisch-maoistischen China und der Außenwelt wurde eine neue chinesische Mauer errichtet. Auch im Inneren war die Volksrepublik weitgehend bestrebt, autark zu sein. Nach den Demütigungen der vergangenen 100 Jahre wollte man einen eigenen Weg gehen.

Im Februar 1972 hat dann der amerikanische Präsident Richard Nixon China besucht, wohl auch, um das Land im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Aber erst am 1. Jänner 1979 wurden die diplomatischen Beziehungen mit den USA hergestellt, die gleichzeitig alle offiziellen Bindungen mit Taiwan abgebrochen hat.

1979 wurde das entscheidende Jahr in dem China seine wirtschaftlichen Reformen vorantrieb und sich stark nach außen öffnete. Im Jänner dieses Jahres reiste der große Reformler Deng Xiaoping in die USA. Es war der erste Staatsbesuch eines führenden Politikers der Volksrepublik, dessen Bedeutung man daran ersehen kann, dass ihn „Time“ auf die Titelseite gesetzt hat. China vollzog nach außen und im Inneren eine dramatische Wende. Nach außen wurde die Isolierung aufgegeben, im Inneren wurden neue Leitlinien für die Wirtschaft eingeführt: Für mehr Leistung sollte mehr Lohn bezahlt werden, soziale Ungleichheiten wurden zugelassen, in Sonderwirtschaftszonen sollten ausländische Konzerne die Möglichkeit erhalten zu investieren und zu produzieren.

Es entstand ein „Kapitalismus chinesischer Art“. Nunmehr sah man aus Peking Bilder, auf denen private Kleinhändler, Coca-Cola und westliche Kleidung zu sehen waren.

Gerd Kaminski hat es ermöglicht, dass auch Österreicher diese Entwicklung vom Anfang an verfolgen konnten. Mit dieser Öffnung ermöglichte China einen neuen Absatzmarkt für westliche Firmen, gleichzeitig nützt China die Chancen eines globalen Marktes, seine Produkte in die ganze Welt zu exportieren.

Die schrittweise Zulassung von Privatbesitz, Anerkennung von Leistung und die Eindämmung der Planwirtschaft in China veränderte die Weltwirtschaft: 1979 machte das chinesische BIP nur 8 % des amerikanischen aus, 2015 hingegen 61 %. China wurde die Werkstatt der Welt. Mit der „Neuen Seidenstraße“ wurde die Infrastruktur zu allen Kontinenten ausgebaut.

2. Margaret Thatcher und der Neoliberalismus

Im Mai 1979 wurde Margaret Thatcher Premierministerin von Großbritannien. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, dass der Neoliberalismus eine wesentliche Kraft bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik in ihrem Land und im Rahmen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurde. Der Sozialwissenschaftler David Harvey nennt diese neue Politik „a revolutionary turning-point in the world’s social and economic history“. Jedenfalls kann man sagen, dass Thatcher für eine politische Wende steht: Die seit dem Zweiten Weltkrieg dominierende Theorie von John Maynard Keynes und seiner Lehre vom „deficit spending“, ausgerichtet auf den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, sollte durch die neue Politik zurückgedrängt werden.

Wo liegen die Ursprünge des Neoliberalismus? In Österreich! Wie Quinn Slobodian in seinem Buch „Globalists-The End of Empire and the Birth of Neoliberalism“ ausführlich darlegt, waren es drei Österreicher, die zunächst die Grundzüge der neuen Wirtschaftstheorie ausgearbeitet haben. Ludwig von Mises, Gottfried Habeler und Friedrich Hayek arbeiteten in den 1920er Jahren für die Handelskammer am Wiener Stubenring und haben dort, beeinflusst von den Gegebenheiten in Wien und Österreich ihre Vorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft ausgearbeitet. Andere, wie Fritz Machlup, sind immer wieder zu diesem Kreis gestoßen.

Ihre wesentlichen Forderungen: Geringere Steuern für Wirtschaft und Industrie, eine harte Währung, keine staatlichen Interventionen, außer wenn es darum geht, den Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen. Wichtig ist, dass die eigene Wirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig ist. Schon damals haben Kritiker dieses Konzept einen „Klassenkampf von oben“ genannt. Mises hat Artikel wie „Die wirkliche Entpolitisierung des Ökonomischen“ oder „Die Rückwirkung der Entwicklung der Weltwirtschaft auf die Ausgestaltung der Sozialpolitik“ geschrieben. Ludwig von Mises wurde dann als Professor an die Universität Genf berufen, Friedrich Hayek an die London School of Economics.

Nun war Großbritannien früher und stärker von der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre betroffen als andere westeuropäische Länder. So lag die Inflation bei 25 %, die Exporte

brachen ein und das BIP ging zurück. Die Labour-Regierung versuchte, die Probleme mit Sparmaßnahmen zu lösen, was zu weiteren Schwierigkeiten im Gesundheitsbereich, bei der Energieversorgung oder bei der Müllabfuhr führte. Selbst die Times erschien nach Konflikten mit den Druckern ein ganzes Jahr nicht. Thatcher, unterstützt von den Medien, gelang es, die Situation so darzustellen, dass die Probleme durch eine „konservative Wende“ gelöst werden könnten. Dabei ging es der Premierministerin nicht nur um wirtschaftliche Reformen, sondern um eine grundsätzliche Haltungsänderung nach dem Motto „Der Staat ist nicht die Lösung, sondern das Problem“.

Mit mehr wirtschaftlicher Freiheit, so die offizielle Darstellung, käme auch mehr politische Freiheit. Zusammen mit der Wahl von Ronald Reagan in den USA und der Öffnung Chinas kam es also zu einer „monetaristischen Wende“ mit neuen gesellschaftspolitischen Zielen und einem neuen Schub in der weltweiten Globalisierung. Die Wohlfahrt der Bürger sollte nicht mehr durch mehr Sozialausgaben, sondern durch die Unterstützung individueller Interessen gefördert werden.

3. Die zweite Erdölkrise und ihre Folgen

In einer feierlichen Rede an die ganze Nation beschwor der damalige US-Präsident Jimmy Carter am 15. Juli 1979 das Selbstbewusstsein seiner Landsleute und erklärte: „Das Vertrauen, dass wir als Volk immer gehabt haben ist kein romantischer Traum oder eine Wunschvorstellung. Es ist jene Idee, auf die unsere Nation aufgebaut ist und die die Entwicklung unseres Volkes immer bestimmt hat. Vertrauen in die Zukunft muss unser Handeln leiten, die öffentlichen Institutionen genauso wie die privaten Unternehmen“. Bei dieser Rede ging es weder um eine neue Kriegserklärung, noch um einen Wahlkampfauftakt. Es ging darum, dass die Amerikaner bereit sein sollten, den zweiten Schock zu bewältigen.

Schon der erste Ölschock 1973 hat die Wirtschaft der Industriestaaten ordentlich erschüttert. Der zweite Schock, der durch die islamische Revolution im Iran ausgelöst wurde, hat die Weltwirtschaft neuerlich schwer belastet. Kostete ein Barrel (159l) saudisches Rohöl 1971 noch \$ 1,30, so stieg dieser Preis von 1973 auf 1974 von \$ 2,70 auf \$ 9,76. Der zweite Ölschock bewirkte dann eine Preissteigerung von zunächst \$ 16,97 auf \$ 28,67 nur ein Jahr später.

Dieser drastische Anstieg des Ölpreises bewirkte aber auch eine entscheidende politische Neuorientierung. Bezogen die Europäer ihr Öl zunächst vor allem aus dem Nahen Osten, so wurde nun die Sowjetunion in zunehmendem Maß der wichtigste Energielieferant. Man wollte die Energieversorgung auf eine verlässliche Grundlage stellen und hatte mehr Vertrauen zu Moskau als zur politischen Entwicklung im Nahen Osten. Deutschland, Österreich und andere Länder bauten ihre Gasimporte aus dem Osten stark aus. Es kam zu den „Erdgas - Röhrengeschäften“. Westliche Unternehmen lieferten Rohre in die Sowjetunion, die mit Erdgas bezahlt wurden.

Die USA waren von Anfang an gegen diese Geschäftsverbindungen, wobei auch der

sowjetische Einmarsch in Afghanistan als starkes Argument herangezogen wurde. Doch Persönlichkeiten wie der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt sprachen sich gegen den von den USA geforderten Wirtschaftsboykott aus. Schmidt argumentierte ganz offen damit, dass man die Energielieferungen aus dem Osten brauche und die eigenen Exporte in die Sowjetunion zu bedeutend seien, als auf diesen Partner verzichten zu können. Da der Sowjetunion auch expansionistische Tendenzen vorgeworfen wurden, konterte Bundeskanzler Schmidt mit dem Argument: „Man muss der Sowjetunion helfen, auf ihrem eigenen Territorium Energiequellen zu erschließen, damit ihr Appetit auf fremde gezügelt wird“. Jedenfalls erschien die Sowjetunion den Westeuropäern berechenbarer als die bisherigen Öl-Lieferanten.

Der Ölschock von 1979 hatte also in verschiedenen Bereichen langfristige Folgen. „Energiesparen“ wurde eine politische Kategorie. Die Wärmedämmung wurde stark verbessert, immer mehr Fahrradwege wurden ausgebaut. Der Schutz der Umwelt wurde ein Thema, verbunden mit der Erschließung neuer Energiequellen wie Wind- und Sonnenenergie. Mit dem Umweltschutz kam ein neuer Themenkreis in die politische Diskussion.

4. Khomeini und die islamische Revolution

Am 1. Februar 1979 landete Ajatollah Khomeini nach einem längeren Exil im Irak und einem kurzen in Frankreich in Teheran, wo der Geistliche von Millionen Anhängern wie ein Prophet begeistert, empfangen wurde. Der Unmut der Massen war offensichtlich und hatte eine langjährige Geschichte. Im Jahre 1953 wurde der populäre Ministerpräsident Mohammed Mossadegh durch einen vom CIA unterstützten Putsch gestürzt, nachdem er vorher die Anglo-Iranische Ölgesellschaft verstaatlicht hatte. Dadurch wurde die Macht von Schah Mohammad Reza Pahlavi gefestigt, der, gestützt von den USA, eine Politik der Modernisierung nach westlichem Vorbild vorantrieb. Obwohl dadurch ein beachtliches Wirtschaftswachstum erreicht werden konnte, stieß seine Politik auf eine starke Opposition im Inland und bei iranischen Studenten im Ausland. Diese Opposition umfasste linke Gruppierungen genauso wie Islamisten oder Demokraten. Als dann der amerikanische Präsident Jimmy Carter begann, die Einhaltung der Menschenrechte in sein außenpolitisches Programm aufzunehmen, verlor der Schah an Unterstützung im Westen. Insbesondere wurde seine Geheimpolizei bezichtigt, gegen Regierungsgegner Foltermethoden einzusetzen. Zwei Wochen vor der Ankunft von Khomeini musste der Schah aus dem Lande fliehen.

Wie populär Khomeini im Westen bereits war, ist daraus ersichtlich, dass Journalisten mit ihren Tickets den Sonderflug aus Paris bezahlten und gleichzeitig als menschlicher Schutzschild dienten. Khomeini verlangte dann den sofortigen Rücktritt der noch vom Schah eingesetzten Regierung und die Ausweisung aller ausländischen Berater. Das Militär, das der Schah noch stark aufgerüstet hatte, hielt sich zunächst zurück. Nach wenigen Tagen besetzten Volksmilizen die Kasernen und die alte Regierung wurde abgesetzt. Aber nicht nur die alte Regierung wurde gestürzt. Die ganze politische, soziale und kulturelle Ordnung wurde erschüttert und der Anspruch der Revolution ging weit über das eigene Land hinaus. Bei der iranischen Revolution, zunächst noch getragen von einem breiten Spektrum

politischer Gruppierungen, setzen sich jene durch, die einen radikalen politischen Islam vertraten. Für die neuen Machthaber hatte die Religion eine entscheidende Bedeutung auch im politischen und gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das bedeutete eine grundsätzliche Herausforderung für westliche Werte und den westlichen Einfluss überall dort, wo er bisher ausgeübt wurde.

Offensichtlich wurde der radikale Charakter des „neuen Gottesstaates“ im Westen zunächst in seiner vollen Dimension nicht erfasst. Die einen glaubten, die Ayatollahs könnten das Land auf Dauer nicht regieren, andere waren froh, dass es nicht die Kommunisten waren, denen die Machtergreifung gelang. Man befand sich mitten im Kalten Krieg. Selbst der sehr intellektuelle französische Präsident Giscard d'Estaing hoffte auf einen Sieg Khomeinis, da bei einem Sieg der Linken die Öllieferungen gefährdet gewesen wären. Aber sehr bald übernahmen radikale Volksmilizen die Polizei und das Militär in der „Islamischen Republik“.

Wie radikal die Islamisten waren, zeigte sich, als im Herbst 1979 die amerikanische Botschaft gestürmt und 66 Mitarbeiter als Geiseln festgehalten wurden. Das führte zu einem Bruch mit dem Westen, gleichzeitig aber sah man, dass radikale islamische Fundamentalisten die Straßenproteste und die Politik beherrschten. Als der Versuch der USA im April 1980, die Geiseln zu befreien, scheiterte, wurde klar, dass es nicht leicht war, der neuen islamistischen Herausforderung zu begegnen.

Dies vor allem auch deshalb, weil Ende 1979 auch ein anderes Ereignis stattfand, nämlich die Besetzung der Großen Moschee in Mekka durch ein islamistisches Kommando. Diese Besetzung wurde brutal niedergeschlagen, woraufhin sich die saudische Monarchie auf folgende politische Linie festlegte: Die eigene Politik soll von islamischen Grundsätzen geprägt sein. Die Ausbildung der Jugend wurde dem wahabitischen Klerus übertragen; fanatische Jugendliche sollten nach Afghanistan geschickt werden, um dort gegen die Sowjets zu kämpfen. Damit standen islamistische Tendenzen der Schiiten in Konkurrenz mit jenen der Sunniten. Beide Seiten waren bestrebt, ihre Religion zu exportieren. Wie sehr es Teheran gelang, die eigene Machtbasis im Nahen Osten zu stärken, sieht man heute noch im Libanon, in Gaza oder im Jemen.

5. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan

Wie paradox die internationale Situation durch die islamische Renaissance geworden ist, zeigte sich nach dem Einmarsch der Sowjetunion mit 85 000 Soldaten in Afghanistan im Dezember 1979. Dieser Einmarsch erfolgte, um die moskautreue Regierung in Kabul gegen Umsturzversuche der Opposition zu unterstützen. Aber wer war diese Opposition? In einem Kommuniqué der afghanischen Widerstandsbewegung kann man folgendes lesen: Wir fordern den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen. Nach der Befreiung unseres Landes wollen wir eine islamische Ordnung errichten. Nach dem Sturz des derzeitigen Marionetten-Regimes sollen die Mujahedin (Gotteskrieger) die Macht in Afghanistan übernehmen. Nach dem Sieg sollen Wahlen abgehalten und eine islamische Regierung gebildet werden. Grundlage der Rechtsprechung soll die Scharia sein. Schließlich soll Afghanistan ein islamischer Staat mit islamischen Institutionen werden.

Die Situation war deshalb paradox, weil dieselben USA, die praktisch im Kriegszustand mit den Islamisten im Iran lebten, gleichzeitig die Gotteskrieger in Afghanistan unterstützten, die gegen die Sowjets kämpften. Diese Unterstützung war nicht unlogisch. Der Kalte Krieg war nach wie vor der entscheidende Wesenszug der internationalen Beziehungen und Moskau war dabei, in verschiedenen Teilen der Dritten Welt seinen Einfluss zu festigen, in Südostasien genauso wie in Afrika. Außerdem befürchtete man, die Sowjetunion könnte über Afghanistan die Kontrolle von Ölregionen anstreben, was angesichts der gerade herrschenden Ölkrise eine echte Bedrohung darstellte. Bedrohlich war auch, dass man in dieser Zeit von einer Modernisierung der Atomwaffen sprach. Der Westen fürchtete die neuen SS 20- Raketen, andererseits sah der NATO-Doppelbeschluss die Aufstellung neuer Atomwaffen in Westeuropa vor.

Dabei war Afghanistan vor 1979 ein eher unbedeutendes Land. Es hatte keine Häfen, kaum Fabriken und Rohstoffe, 85 % der Bevölkerung waren Analphabeten, der größte Teil der Menschen lebte bescheiden von der Landwirtschaft. Nun spaltete der Krieg die Staaten, sowohl hinsichtlich der von den USA verlangten Sanktionen als auch was den Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau betraf. Der Krieg war grausam. Von den rund 15 Millionen Einwohnern Afghanistans starben 10 % in den Kämpfen. Millionen von Menschen flohen, insbesondere nach Pakistan. Die Zahl der gefallenen sowjetischen Soldaten wird auf 30 000 geschätzt, die der Verwundeten auf 50 000. In der Afghanistan-Gedenkstätte in Kiew wird die Zahl der gefallenen ukrainischer Soldaten mit 3000 angegeben. Insgesamt gewinnt man beim Besuch dieser Gedenkstätte den Eindruck, dass vor allem die nicht-russischen Bevölkerungsgruppen in Afghanistan stark eingesetzt wurden.

Die Afghanistan-Invasion war für die Sowjetunion ein Fiasko. Die Implosion des Landes zehn Jahre später hatte zweifellos auch viele interne Ursachen, wie den Widerspruch des Kommunismus zwischen Anspruch und Wirklichkeit oder die fehlgeschlagenen Wirtschaftsreformen unter Gorbatschow. Aber der Afghanistan-Krieg galt bald als „sowjetisches Vietnam“ und hat zur Auflösung der Sowjetunion beigetragen.

Aber auch für den Westen waren die Folgen dramatisch. Trotz des Sieges der Opposition in Afghanistan, oder gerade deshalb, wurden radikale Islamisten wesentlich gestärkt. Wurde die Ausbildung und der Einsatz islamischer Kämpfer zunächst sowohl von den USA und von Saudi-Arabien gefördert und finanziell unterstützt, so zeigte sich sehr bald, dass man diese nicht mehr kontrollieren konnte. Osama bin Laden, zunächst von den Amerikanern noch unterstützt, setzte seine Kämpfer sehr bald gegen die USA ein.

Iran und Afghanistan stehen für geopolitische Umwälzungen, die, weit über den Kalten Krieg hinaus, die internationalen Konfliktfelder verschoben und unterschiedliche Allianzen hervorgebracht haben. Während radikale Fundamentalisten im Iran gegen die USA auftraten, bekämpften sie in Afghanistan die Sowjetunion, um sich dann auch gegen den Westen zu wenden. Dabei haben die Kriege in Afghanistan sehr klar aufgezeigt, dass auch ein Konflikt „weit hinten am Hindukusch“ heute jederzeit globale Auswirkungen haben kann.

6. Papst Johannes Paul II in Polen

Die Reise von Papst Johannes Paul II in sein Heimatland war ein Ereignis, das entscheidend zur Stärkung der Opposition in Polen und letztlich zur Überwindung des Kommunismus beigetragen hat. Er löste keine Revolution aus, aber er stärkte das Selbstbewusstsein von Millionen von Menschen, die ihn begeistert empfangen haben. Der Papstbesuch kann als Wendepunkt im Kalten Krieg gesehen werden, weil die Massenveranstaltungen den Menschen Mut und Hoffnung gaben. Von nun an mussten die staatlichen Machthaber mit einer Opposition verhandeln, sie konnten ihre Politik nicht mehr einfach diktieren. Der Papst zeigte auf, dass eine andere Gesellschaft möglich war. Tatsächlich kam es kurze Zeit darauf zur Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc, die dann auch eine Ausstrahlung in andere kommunistische Länder hatte. Wesentlich dabei war, dass der Papst nicht nur Katholiken ansprach, sondern auch andere Gruppen. Linke Intellektuelle etwa, die sich in der Vereinigung KOR zusammengefunden hatten, schickten dem Papst eine Grußbotschaft.

Dabei äußerte sich Johannes Paul II in seinen Reden nicht direkt politisch, sondern sprach grundsätzliche Themen an: Das Recht auf Wahrheit angesichts von Lügen, von Respekt gegenüber der Religionsfreiheit, das Recht der Kirche auf ihren Platz in der Gesellschaft.

Stellt sich die Frage, warum der Papstbesuch so erfolgreich war? Zunächst kann man sagen, dass die katholische Kirche in Polen ihre Legitimation aus der Tatsache ableitet, dass sie jahrhundertlang ein Rückgrat der polnischen Nation bildete, gerade in jenen Jahren, in denen es keinen polnischen Staat gab. Die katholische Kirche war ein Rückhalt für die Polen gegenüber den protestantischen Preußen auf der einen und den orthodoxen Russen auf der anderen Seite. So wurde in Polen der Katholizismus ein Teil der nationalen Identität. Dazu kam eine von weiten Kreisen der Bevölkerung getragene Frömmigkeit.

Wesentlich war wohl auch, dass der Werdegang des Papstes als Karol Wojtyła eng mit den katholischen Zentren Polens verbunden war. Er wuchs in der Nähe von Krakau auf, studierte dort, bis ihn die deutschen Besatzer zur Zwangsarbeit verpflichteten. In Krakau wirkte er als Professor, Weihbischof und seit 1964 auch als Erzbischof. Er galt als ein eher pragmatischer und intellektueller Geistlicher. Es waren wohl diese Eigenschaften, die den Wiener Erzbischof Kardinal König bewogen, im Oktober 1978 seine Wahl zum Papst massiv zu unterstützen. Es war das erste Mal seit 1522, dass ein Nicht-Italiener das höchste Kirchenamt übernahm, noch dazu einer von der anderen Seite des Eisernen Vorhangs.

Dazu kam die große Unzufriedenheit der Mehrheit der Menschen mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. In den 1970er Jahren lebten die Polen in einer gesellschaftlichen Ordnung, die sie nicht wollten, für die sie auch nicht arbeiten wollten. Das musste zu Engpässen in der Versorgung führen. Dafür machte man aber die Sowjets verantwortlich, denen man vorwarf, sich alles anzueignen, was in Polen gut und teuer war und im eigenen Land dann gefehlt hat.

Somit traten 1979 gleichzeitig zwei religiöse Bewegungen auf die Weltbühne: Khomeini gab den Protesten gegen die USA und den Westen ein religiöses Fundament. Johannes Paul II wurde unmittelbar als Gegenpol zu den säkulären Machthabern in Polen gesehen.

7. Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua

Im Jahre 1979 wurde der Diktator Anastasio Somoza Debayle von den Sandinisten gestürzt und musste Nicaragua Richtung USA verlassen. Somoza stand an der Spitze eines Familien-Clans, der das Land 40 Jahre lang beherrscht und ausgebeutet hatte. Ähnlich wie beim Schah, basierte seine Macht auf der materiellen und politischen Unterstützung der USA, die im Kalten Krieg einen anti-kommunistischen Verbündeten fanden. Die Menschenrechts-Rhetorik von Jimmy Carter schwächte dann zunächst das Image der Gewaltherrscher, letztlich auch ihre Machtposition. Noch wenige Wochen vor seiner Flucht wurde Somoza gefragt, ob er nicht, so wie der Schah, das Land verlassen möchte. Seine Antwort: „Der amerikanische Präsident hat auch niedrige Umfragewerte und tritt nicht zurück“.

Die Sandinisten, benannt nach dem 1934 erschossenen Guerillaführer Augusto Sandino, gründeten 1962 die marxistische Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN) und waren eine an der kubanischen Revolution orientierte Befreiungsbewegung. Es ist ihnen gelungen, eine breite Oppositionsbasis von Marxisten bis zu liberalen Kreisen zu schaffen, der sich landlose Bauern und der bürgerliche Mittelstand anschlossen. Die FSLN konnte auch die Unterstützung von Teilen der Kirche gewinnen. Als Anführer der Bewegung hat sich Daniel Ortega Saavedra durchgesetzt, der aus dem Exil in Havanna zurückgekehrt war (und der auch heute wieder Präsident des Landes ist). Aber auch die Bischöfe rechtfertigten den Aufstand vom 2. Juni 1979 angesichts einer „eindeutigen und fortdauernden Tyrannei“.

Nicaragua war damals ein Land mit nur 2,3 Millionen Einwohnern. Die Revolution von 1979 hat aber ein weltweites Echo und starke Anteilnahme gefunden. Die Sandinisten wurden das Symbol für den Aufbruch in eine bessere Welt. In zahlreichen Ländern entstanden Solidaritätsgruppen, die Spenden sammelten, tausende freiwilliger Helfer zogen ins Land. Dies auch deshalb, weil auf der anderen Seite die USA die sogenannten „Contras“ gegen die neuen Machthaber mobilisierte und militärisch unterstützte. Die neue Regierung in Washington unter Ronald Reagan wollte alles tun, um ein „neues Kuba“ zu verhindern.

Nicht ganz eindeutig war die Haltung der katholischen Kirche zur Revolution. Teile des Klerus hatten sich 1979 gegen Somoza gerichtet. Drei Minister der neuen Regierung waren Priester und Anhänger der „Befreiungstheologie“. Die neue Verfassung garantierte Religionsfreiheit, die kirchlichen Radiosender bestanden weiter. Die offizielle Hierarchie der Kirche hat sich aber immer gegen die „Theologie der Befreiung“ ausgesprochen. Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung sollte nicht mit Waffen, sondern als friedlicher Widerstand ausgetragen werden.

Papst Johannes Paul II hat jedenfalls gefordert, dass Regierungsmitglieder ihr Priesteramt niederlegen sollten. Als sich der Priester und Kulturminister Ernesto Cardenal vor dem Papst bei dessen Besuch in Managua niederkniete, offensichtlich in Erwartung einer Segnung, forderte ihn der Papst hörbar auf, er solle die Situation in seiner Kirche klären.

Insgesamt kann man sagen, dass die Revolution der Sandinisten nicht nur Träume von einer gerechteren Gesellschaft in Nicaragua, sondern auch weit darüber hinaus erweckt hat. Die Revolution stand als Symbol für den Aufbruch jener Länder in der Dritten Welt, die einen

eigenen Weg zwischen den Großmächten suchten. Die Revolutionsregierung war zunächst bemüht, ein Wirtschaftssystem zu finden, das soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Effizienz in Einklang bringen konnte. Aber Revolutionen werden immer wieder an jenen Hoffnungen gemessen, die sie vor der Revolution geweckt haben.

1979 war also ein Jahr, in dem entscheidende Weichen für die weitere Entwicklung der Welt gestellt wurden. Welche Kräfte haben diese Veränderungen bewirkt? Angesichts der Bedeutung, die gerade in diesem Jahr auch religiöse Bewegungen hatten, kann man vielleicht folgendes sagen: Geschichte wird von Menschen und Mächten gemacht. Dazu kommt auch eine Kraft, die der Skeptiker Zufall, der Gläubige aber wohl Vorsehung nennt.

LITERATUR

- Shah Bazgar; „Afghanistan - La Resistance au Cœur « ; Paris 1987
 Frank Bösch ; „Zeitenwende 1979 - Als die Welt von heute begann“; München 2019
 Gerard Chaliand; „Guerres et Civilisations « » ; Paris 2005
 Forrest D. Colburn ; “Post-revolutionary Nicaragua. State, Class and the Dilemmas of Agrarian Policy”; Los Angeles 1986
 Jonathan Kwitny; “Man of the Century - The life and times of Pope John PAUL II”; New York 1997
 “Nicaragua - The Sandinista People’s Revolution. Speeches by Sandinista Leaders”
 New York 1985
 David Shambaugh; “China goes global-the partial Power”; Oxford 2013
 Quinn Slobodian; “Globalists -The End of Empire and the Birth of Neoliberalism”; London 2018
 Bernd Stöver; “Der Kalte Krieg - Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991“; München 2007
 Wolfram Weimer; „Deutsche Wirtschaftsgeschichte - Von der Währungsreform bis zum Euro“
 Hamburg 1998

(*)Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Botschafter, Abgeordneter, Autor
www.wendelinettmayer.at